

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

Mit Rot-Rot-Grün zum linksautoritären Staat

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



DIE LINKE.

Die and
können
verges

SPD



Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter

Mit Rot-Rot-Grün zum linksautoritären Staat

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Sonderausgabe des Deutschland-Magazin

1. Auflage Mai 2017

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
IBAN: DE 86 2001 0020 0033 3332 05 – BIC: PBNKDEFF

Druck:
SZ-Druck & Verlagsservice GmbH
Urbacher Straße 10 – 53842 Troisdorf

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Warum dieses Thema? Was uns bedroht.	6
2. Bisherige Warnungen. Die Situation der Zeit. Linke Gewalt. Antifa als linke Ideologie.	7
3. Die rot-rot-grüne Koalition.	12
4. Die Linkspartei heute.	14
5. Die Grünen und die Linkspartei.	16
6. Die SPD als Hauptfaktor der rot-rot-grünen Bündnispolitik.	17
7. Folgerungen. Rot-rot-grüne Meinungsherrschaft.	20
8. Was können und sollten WIR tun? Lebensrecht des eigenen Volkes.	23
9. Der Autor	25
10. Anmerkungen	26

Warum dieses Thema? Was uns bedroht.

Manche Zeitgenossen reagieren unwillig auf die Titelfrage. Was soll das? Seit dem blamablen Zusammenbruch des angeblich welterlösenden Realsozialismus, der Sowjetunion und ihrer Bündnispartner 1991, und dem Ende westlicher und auch westdeutscher kommunistischer Parteien gibt es doch angeblich gar keinen Linksextremismus mehr. Die Gefahr, so heißt es, kommt doch heute eher von Rechts. Ja, derartige Meinungen sind nicht selten. Das Institut für Demoskopie in Allensbach will dagegen eine zunehmende leichte Linkstendenz in der sogenannten „öffentlichen Meinung“ festgestellt haben. Damit sind wir schon bei einem wichtigen Problem: Dem Einfluß der veröffentlichten Meinung, der Medien, die eine kaum verhüllte Meinungslenkung betreiben und die Ereignisse auf dem linken politischen Spektrum verharmlosen. Wer diesen Text liest, kann, wenn er guten Willens ist, erfahren, welche Rolle die verschiedenen linken und linksextremen Gruppen in Deutschland spielen. Wer ist das – die „Linke“? Halten wir uns hier nicht mit spitzfindigen Erklärungen auf. Es geht uns hier um die politische Führung der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb richtet sich der Blick auf die politischen Parteien, die in dieser Parteiendemokratie Einfluß ausüben. Der Blick nach links zeigt uns hier ein wirres Spektrum: Winzige Gruppen, die in „realsozialistischer“ und maoistischer Tradition vegetieren, bestehen neben anarchistischen, trotzkistischen, ökosozialistischen und ideologisch völlig wirren Splittergruppen, die hier ihrer Bedeutungslosigkeit wegen außer Betracht bleiben. Immerhin: Es gibt sie, wenn auch als Schattenexistenzen. Die Aufmerksamkeit richtet sich auf die einflußreichen Großgruppen, die parlamentarisch und sogar in Regierungspositionen vertreten sind. Das gilt für die frühere SED, später SED/PDS, dann PDS/WASG, heute als Linkspartei „Die Linke“. Eine Partei, die rechtlich Fortsetzung der SED ist. Und ideologisch, personell und realpolitisch? Das werden wir sehen! Zu diesem Spektrum gehört auch die seit langem etablierte demokratische Linkspartei, die Sozialdemokratische Partei (SPD) mit ihrem weitverzweigten Organisations- und Beziehungsgeflecht (man denke an die Einheitsgewerkschaft DGB) und auch die Grünen, die sich nach langen inneren Querelen verschiedener linker Fraktionen als linksbürgerliche, zum Teil linksliberale Partei etabliert haben. Das

ist die treffende Bezeichnung: „etabliert“. Zurecht bezeichnet man diese Linken als Teil des bundesrepublikanischen Establishments. Hier haben wir vor, diese einflußreichen Links-Etablierten, die dabei sind, sich zu Regierungszwecken zu verbünden, soweit darzustellen, daß ihre Absichten und Methoden enthüllt werden. Wenn die Pläne eines rot-rot-grünen Bündnisses verwirklicht werden – was können die Folgen sein? Haben die Verharmloser mit ihrer Behauptung recht, die SPD sei eine erfahrene Regierungspartei, die nie die Grenzen des Rechtsstaates nach links überschritten habe? Und die in den Grünen integrierten kommunistischen Splittergruppen und die ehemalige SED, die Linkspartei, werde schon von der SPD diszipliniert werden. Was davon zu halten ist, werden wir sehen.

Bisherige Warnungen. Die Situation der Zeit. Linke Gewalt. Antifa als linke Ideologie

„Die Welt ist aus den Fugen!“ – Wer kennt diesen Aufschrei des Unbehagens über den Zustand unserer Lebenswelt nicht. Wer ruft das? Es sind doch Wohlstandsbürger unserer hochtechnisierten Gesellschaften, deren Bürgern es materiell gutgeht. Aber das Lebensgefühl weicht davon ab. Unsicherheit, Unzufriedenheit, Orientierungslosigkeit bei gleichzeitiger Orientierungsbedürftigkeit sind die Reaktion auf die Reize einer in rasantem Wandel befindlichen Ordnung. Eine wachsende Anzahl von Zeitgenossen empfindet dies als bedrückend, ja, beängstigend. Die Gesellschaftswissenschaft spricht von einem Zeitalter der Krisen. Die Zukunft wird nicht mehr, wie noch vor einigen Jahrzehnten, als hoffnungsvoll, sondern als bedrohlich empfunden. Im Einzelnen geht es um

- die Erosion der ehemals verlässlichen Staatsgewalt bei gleichzeitiger Zunahme privater, krimineller Gewalt. Bindungslosigkeit, Vertrauensverlust, Autoritätsverlust sind deren Kennzeichen.
- Extremismus
- Islamismus
- Das Versagen ökonomischer Effizienz, Aufbrauchen der Erdressourcen (Bodenschätze), was zum Ende des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit führt.

- Krieg und Rüstungswettlauf
 - Eine ökologische Katastrophe
 - Die Folgen der Migration
 - Die Klimaveränderung, gleich, ob natürlich oder von Menschen beeinflusst
 - Den Zerfall überlieferter Moral, Kriminalität und Terror. Sie ereignen sich nicht nur, sie werden als Widerstand moralisch gerechtfertigt.
 - Demokratie und Rechtsstaat gelten infolgedessen als gefährdet. Abwehrmaßnahmen hiergegen bedrohen das in der Vergangenheit erreichte Maß an Freiheit.^I
- Wenden wir uns nun aber weg von der globalen Lebenssituation hin zur Lage in unserem Land und zu seiner politischen Verfassung.

Die Mentalität der Deutschen wird aus zwei Erfahrungen geformt: der globalen technologischen Wandlung, von der wir hier absehen, und dem nationalen Wandel Deutschlands im 20. Jahrhundert. Die „Bewältigung der Vergangenheit“ nach der Niederlage 1945 verursachte eine Erschütterung aller Ebenen der soziokulturellen und ökonomischen Traditionen, der Strukturen – Werte – Konventionen – sozialen Milieus und der Rituale. Es erfolgte der Sturz von der Weltmachtstellung des Deutschen Reiches zur völligen staatlichen Auflösung 1945, dann die Heranbildung einer Mittelmacht, die durch die Wirkungen zweier totalitärer Systeme, des Nationalsozialismus und das der DDR, belastet war. Insbesondere die Erfahrung mit dem Kommunismus bestimmte die Auseinandersetzung um die Gefährdung der neuen, demokratischen Ordnung. Von 1949 bis zum Ende der „realsozialistischen“ Staaten 1990/91 gab es in der Bundesrepublik Deutschland eine starke Ablehnung des Linksextremismus, der trotz einiger Linkstendenzen zwischen 1968 und 1974 keine Wahlerfolge hatte.^{II} Für die gegenwärtige Situation des 1990 geeinten Deutschland gilt es, die Linksdrift zu erklären, da sie in einem Land stattfindet, das die doppelte Erfahrung einer rechten, der NS-Herrschaft, und einer linken, der kommunistischen totalitären Herrschaft gemacht hat.

Hier ist zwar die Partei „Die Linke“ gemeint, aber alleine könnte sie nichts ausrichten. Nur ein Bündnis mit anderen, angeblich maßvol-

leren linken Organisationen, der SPD und den Grünen, erhält politische Gestaltungsmöglichkeiten. Unter dem Schlagwort „Rot-Rot-Grün“ ist es zu einem Zusammenwirken dieser drei Richtungen gekommen.

Nach 1945 herrschte in der westlichen Politik ein gegen den Extremismus von Links und Rechts gerichteter Anti-Totalitarismus. In den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts richtete sich die Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung sowohl gegen die rechte „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) (Verbot 1952) wie auch gegen die linksextreme moskauhörige, DDR-gesteuerte „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) (Verbot 1956). Derartige Parteiverbote gab es in keiner anderen westlichen Demokratie.

Im „roten Jahrzehnt“ (Koenen) wurde in der Bundesrepublik Deutschland der Antitotalitarismus durch Abrücken vom Antikommunismus aufgegeben und allein der rechte Extremismus als innerer Feind („verfassungsfeindlich“) diskreditiert. Unter der aus dem kommunistischen Propagandabereich stammenden Bezeichnung „Antifaschismus“ wurde nach dem Zusammenbruch der DDR und anderer Ostblockstaaten der Kampf gegen Rechts das letzte Überbleibsel der kommunistischen Ideologie.

Es gibt zwei nebeneinander stehende und sich ergänzende Antifaschismus-Vorstellungen.¹¹¹ Zum einen existiert das mehrdimensionale Bild des Sozialismus, das sowohl eine moralische wie auch eine sozioökonomische Komponente hat. Dieses Verständnis ist insofern radikal, als es den „Faschismus“ nicht nur aus moralischen Gründen ablehnt, sondern auch seine vermeintlichen sozioökonomischen Wurzeln beseitigen will. Als unerläßliche Voraussetzung gilt die Aufhebung der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel. Nur auf diese Weise könne verhindert werden, daß diejenigen, die diese Verfügungsgewalt haben – die Kapitalisten – sich der „Faschisten“ als Prätorianergarde bedienen, um in politischen und ökonomischen Krisensituationen eine Bedrohung, die von den Sozialisten oder den „Massen“ ausgeht, mit brachialer Gewalt zu bekämpfen. Das politische Ziel dieser „Antifaschisten“ ist eine sozialistische Gesell-

schaft. Max Horkheimer faßte dies bereits vor 1933 in die Worte: „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, muß auch vom Faschismus schweigen.“ Das heißt, ein Antifaschist, der nicht Antikapitalist ist, denkt und handelt inkonsequent.

Auf der anderen Seite gibt es ein bürgerlich-liberales und christliches Antifaschismus-Verständnis, das eindimensional ist, weil es nur die moralische Komponente umfaßt, die sozioökonomische Analyse hingegen vernachlässigt. Es werden keine radikalen, gesellschaftsverändernden Ziele vertreten.

Es gibt noch eine dritte Komponente, nämlich den Geschäftemacher-Antifaschismus. Der „Kampf gegen Rechts“ wird mit Millionensummen aus öffentlichen Mitteln (!) finanziert. Zahlreiche Personen und Organisationen leben von diesem „Kampf gegen Rechts“ und sorgen für ständige Kampagnen. Der innere Unfriede, die Aufhetzung von Teilen der Bevölkerung gegeneinander, wird dabei billigend in Kauf genommen.

Der Antifaschismus hat sich, insbesondere in Deutschland wegen der NS-Vergangenheit, als die Norm erwiesen, auf die sich in Ost und West gegensätzliche Kräfte einigen konnten. Die Linken beriefen sich nachdrücklicher darauf, weil sie den Antifaschismus sowohl moralisch als auch soziostrukturell vertraten. Für sie bedeutete Antifaschismus Antikapitalismus und damit Sozialismus. Der unattraktive „wissenschaftliche Sozialismus“ wird durch einen moralisierenden Antifaschismus ersetzt. Er verleiht Gewaltaktionen und anderen kriminellen Taten die Aura moralischer Unantastbarkeit. Zugleich zwingt er jede Gegenaktion, selbst kritische Äußerungen, sich als nicht-faschistisch auszuweisen. Entsprechend lahm und hilflos war die Reaktion des politischen Establishments. Es ist den Extremisten, besonders den linken, gelungen die angeblich abwehrbereite Demokratie als nur beschränkt abwehrbereit bloßzustellen. Der Linksextremismus wurde salonfähig, insbesondere in Medien und in Bildungsinstitutionen. Die „Rechten“ hingegen wurden diffamiert und die Diskussion über ihre Ansichten tabuisiert. Diese Polarisierung hat sich zugespitzt, die traditionelle deutsche Neigung, Politik als Weltanschau-

ungskampf zu betreiben und den Gegner nicht als Konkurrenten, sondern als Vertreter des absoluten Bösen hinzustellen, ist gewachsen.

Diese Darstellung ist wichtig, um zu erklären, daß die ideologische Dürftigkeit von Rot-Rot-Grün im Antifaschismus, im „Kampf gegen Rechts“, einen dürftigen Restbestand früherer theoretischer Geschlossenheit hat. Damit kann durch die Identifikation eines Feindbildes der Zusammenhalt der eigenen, recht heterogenen Reihen gefunden werden.

Zusammenfassend Sinn, Ziel, Zweck und Methoden des Antifaschismus, mit denen wir auch in Zukunft zu rechnen haben: Der Schrecken der NS-Herrschaft sollte nach dem Ende dieses Systems 1945 „bewältigt“ werden. Durch Bildungsmaßnahmen, oft in propagandistischer Verzerrung, wurde und wird diese Epoche in Erinnerung gehalten mit dem Ziel, eine Wiederholung eines Regimes zu verhindern, das dem überwundenen System ähnelt. Als Begründung gilt, daß diese Herrschaftsordnung nicht von außen aufgezwungen war, sondern aus der deutschen Geschichte und Tradition erwachsen. (Siehe die Darstellung des Kommunisten Alexander Abusch: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte. Berlin 1947) Die dauernde Wiederholung dieser Propaganda vor allem in den Medien schafft bei den Adressaten dieser Propaganda, also der deutschen Bevölkerung, eine Reaktion nach Art des „bedingten Reflexes“. Hierbei handelt es sich um ein Forschungsergebnis zweier russischer Physiologen, Iwan Pawlow (1849-1936) und Wladimir Bechterew (1857-1927). In einem Experiment fütterten sie Hunde zugleich mit einem Glockenzeichen. Dann setzte der Speichelfluß der Tiere ein. Nach längeren Wiederholungen ertönte das Glockenzeichen ohne Verabreichung von Futter. Prompt setzt aber der Speichelfluß ein. Es handelte sich also um einen durch Gewohnheit indoktrinierten Reflex, der als bedingtes Verhalten auch für menschliche Reaktionen auf Umweltreize gilt. Die Forscher definierten den bedingten Reflex als eine über das zentrale Nervensystem ablaufende Reaktion des Organismus auf äußeren oder inneren Reiz. Der Bezug zu unserem Thema liegt auf der Hand. Auch die Antifa-Propaganda funktioniert nach dieser Methode. Die dauernde, immer wiederholte Propaganda bewirkt, daß al-

lein die Erwähnung bestimmter Reizworte wie „Faschismus“, „Rechts“, „Nationalismus“, „Ausländerfeindlichkeit“ negative Assoziationen reflexiv (also unterbewußt) hervorruft und zu einem propagandakonformen Verhalten veranlaßt. Die Adressaten der Propaganda wissen, was von ihnen erwartet wird und fürchten negative Bewertung, Ausgrenzung, wenn sie nonkonform reagieren sollten. Dieses Verhalten ist stärker aus dem Gefühl und weniger aus dem Verstand oder aus Sachkenntnis zu erklären. Die Methode dient der Beherrschung der Bevölkerung, indem negative Gefühle gegen die zitierten Begriffe erweckt werden. Damit möchte man nicht in Berührung kommen!

Was ist hiergegen zu tun? Nachdrückliche und wirksame Aufklärung dürfte eine Möglichkeit sein, die verderbliche Wirkung dieser Propaganda zurückzudrängen. Der hemmungslose Gebrauch des „Faschismus“-Vorwurfs, der offenkundig nicht der Aufklärung, sondern den Machtinteressen des jeweiligen Propagandisten dient, dürfte Überdruß hervorrufen, der die Bereitschaft, auf Gegenargumente zu hören, verbessert.

Die rot-rot-grüne Koalition

Diese Koalition zeigt einen Mentalitätswandel an. Was heißt das und wessen Mentalität ändert sich? Seit 1945, dem Ende des nationalsozialistischen Totalitarismus, hat es in Deutschland – sowohl in der Sowjetzone, später DDR, als auch in den Westzonen, später „Bundesrepublik Deutschland“, im Rahmen der „Bewältigung der Vergangenheit“ eine Mentalität des „Nie wieder!“ gegeben.

Wie konnte es zu einer solchen totalitären Herrschaft kommen? Was ist zu tun, um eine Wiederholung zu vermeiden? Der alsbald ausbrechende Ost-West-Konflikt zwischen den Feindmächten Deutschlands führte in Westdeutschland zu einem überzeugten Antikommunismus mit dem Ziel, den Einfluß der Sowjetunion und ihrer kommunistischen Ideologie zurückzudrängen. Das Ergebnis war ein Antitotalitarismus, der sich gleichermaßen gegen den Links- wie den Rechtsextremis-

mus wandte. Mit dem Zusammenbruch der „realsozialistischen“ Staaten 1991 endete der Antikommunismus. Soweit der Begriff „Antitotalitarismus“ überhaupt noch verwendet wurde, verstand man vor allem die Bekämpfung des Rechtsextremismus darunter. Seit 1991 wurde zunehmend durch den „Kampf gegen Rechts“ der „Antifaschismus“ zu einer Art Zivilreligion im neuen Deutschland. Hiervon profitierte auch die ehemalige Staatspartei der DDR, die SED. Sie wurde nach 1990 weder verboten, noch löste sie sich auf, sondern benannte sich um. Auf Betreiben des neuen Vorsitzenden, Gregor Gysi, blieb es bei der Umbenennung, denn eine Auflösung hätte den Vermögensverlust bedeutet. Der geänderte Name, zunächst in SED/ PDS (= Partei demokratischer Sozialismus) kennzeichnete zwar einen Wandel der politischen Linie, ohne aber rechtlich etwas am Bestand der Partei zu ändern. Es ist also richtig, die Partei, die sich bald nur noch PDS (ohne SED), dann PDS-WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) nannte und schließlich 2005 den Namen „Linkspartei“ und ab 2007 „die Linke“ annahm, nicht als Nachfolge-, sondern als Fortsetzungspartei der SED zu bezeichnen.

Die „Linkspartei“ wurde anfangs allgemein, auch von der SPD, negativ bewertet. Die SPD lehnte nach 1990 ausdrücklich die Übernahme ehemaliger SED-Funktionäre ab und stärkte damit ungewollt die PDS als Zuflucht der „Ehemaligen“. Aber die Zeiten und die Mentalität änderten sich. Für unsere Darstellung erweist sich das Jahr 1994 als Epochenabschnitt. Damals entstand in Sachsen-Anhalt eine von SPD und Grünen getragene Minderheitenregierung unter Ministerpräsident R. Höppner (SPD). Für die notwendige parlamentarische Mehrheit sorgte ein „Magdeburger Modell“ genanntes Tolerierungsabkommen mit der PDS, das bis 2002 bestehen blieb. Damit löste Rot-Rot-Grün die bisherige Ausgrenzung der PDS ab, die nun von SPD und Grünen als Partner in den Block der „demokratischen Parteien“ aufgenommen wurde. Zwar zunächst noch schamhaft nur als tolerierende Kraft ohne direkte Beteiligung am Regierungspersonal. Aber die PDS war jetzt – auch wegen des guten Funktionierens dieses Tolerierungsbündnisses – anerkannt. Bereits 1998 wurde die PDS von der SPD in die Regierung von Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen, 2002 in den Senat von

Berlin, später in Brandenburg. In Thüringen konnte sie sogar mit Bodo Ramelow den Ministerpräsidenten stellen.

Als vorläufiges Ergebnis können wir festhalten, daß 1994 Rot-Rot-Grün als Faktor deutscher Innenpolitik offenbar wurde. Der Antifaschismus war die Basis dieses Bündnisses.

Die Linkspartei heute

Die Aufnahme der ehemaligen SED in das Spektrum „demokratischer Parteien“ wäre seitens der SPD und der Grünen nicht möglich gewesen ohne Änderung der heutigen „Linkspartei“ im Vergleich zur SED. Dabei stellt sich allerdings die Frage, ob diese Wandlungen mehr als nur opportunistische Lippenbekenntnisse darstellten.

Die SED war in der DDR eine Staatspartei, die den Staat beherrschte. Nach 1989/90 wurde sie zur Interessenpartei einer entmachteten ehemaligen Elite mit geschwächtem Identitätsbewußtsein. Sie hatte jetzt ihr Scheitern zu bewältigen. Das geschah durch den Ausschluß ehemals leitender Funktionäre.^{IV} Die Partei war gespalten in einen Flügel sog. „Orthodoxer“, die unerschütterter am Vorbild der DDR festhielten, und einen Reformflügel, der sich durchsetzte. Gregor Gysi forderte ein Bekenntnis zur „Staatsraison der Bundesrepublik“ (Prinz, S. 339). Es entstand aber auch ein extremistischer Flügel durch den Zustrom westdeutscher Linker, die sich der Partei über die WASG anschlossen. (Fusion mit der Linkspartei im Juni 2007). Die Linkspartei unterschied sich von der SED durch ihr Selbstverständnis als linkssozialdemokratisch, was allerdings mit den „Orthodoxen“ zu Spannungen führte (Prinz, S. 342 f.).

Kritische Sachkenner urteilten, in der Partei habe sich um 2007 der radikale Flügel durch westdeutsche Extremisten verstärkt (Prinz, S. 346) und zwar sowohl durch die „Kommunistische Plattform“, eine Unterorganisation der Partei, als auch durch trotzkistische Mitglieder (Prinz, S. 347) . Sahra Wagenknecht, prominentes Mitglied der

„Kommunistischen Plattform“, konnte im Mai 2010 infolge der vorher nicht durchsetzbaren Wahl zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden eine bis zur Gegenwart anhaltende erfolgreiche und einflußreiche Karriere beginnen (Prinz, S. 351).

Bezeichnend für die Linkspartei und ihre Partner im Bündnis Rot-Rot-Grün ist eine Formulierung im thüringischen Koalitionsvertrag von 2014. Zwar hatte es schon vorher Kooperationen der drei Partner in Landesregierungen gegeben, aber nach der Wahl in Thüringen am 14. September 2014 sollte es eine Koalition unter Führung durch einen der Linkspartei angehörenden Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow, geben. Zur Gesichtswahrung verlangten die Partner von der Linkspartei eine Distanzierung von der DDR, die ein Unrechtsstaat gewesen sei. Nach erheblichen innerparteilichen Schwierigkeiten akzeptierte die Linkspartei folgende Formulierung im Koalitionsvertrag, ohne die eine Koalition nicht zustande gekommen wäre: „Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat.“^v Trotz starker Widerstände hat die Führung der Linkspartei diesen Text geschluckt, um den Vorteil der gesellschaftlichen und politischen Anerkennung zu gewinnen.

Die Linkspartei ist von der Verklärung der DDR abgerückt. Dennoch ist zu berücksichtigen, daß unter der Oberfläche der Verfassungskonformität, deren Anerkennung Macht, Posten und Einfluß bringt, eine negative Einstellung zur bestehenden Ordnung der Bundesrepublik besteht, so daß vorsichtiges Mißtrauen bei der Gewährung öffentlichen Einflusses dringend angebracht erscheint.

Die Grünen und die Linkspartei

Als die heutigen Grünen Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts entstanden, schlossen sich sehr verschiedene gegensätzlich orientierte linke Gruppen zusammen. Es gehörten auch einige ökologisch orientierte Konservative wie Herbert Gruhl MdB (ehemals CDU), der Landwirt Baldur Springmann u. a. , sogar rechte Politiker wie August Haußleiter (ehemals „Deutsche Gemeinschaft“) dazu, die allerdings bald herausgedrängt wurden, so daß sie hier außer Betracht bleiben können. Eines aber einte alle: Sie waren mit dem status quo der Bundesrepublik in Einzelheiten oder auch generell unzufrieden. Die Grundsatzopposition wollte die politische und soziale Ordnung radikal ändern. Zwar war dies nicht neu. Die sog. „Achtundsechziger“-Bewegung war schon zehn Jahre alt, aber gescheitert. Der „Sozialistische Deutsche Studentenbund“ (SDS) löste sich selbst am 21. März 1970 auf. Neben ökologisch orientierten, z. T. bürgerlichen Kreisen schlossen sich kommunistische Splittergruppen der neuen Opposition an. Es handelte sich um die KPD/ML (= Marxisten/Leninisten), den KAPD (= Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands), den KB (= Kommunistischer Bund), und den KBW (= Kommunistischer Bund Westdeutschlands).^{VI} Eine anarchistisch-nihilistische Gruppe mit selbstverständlich antiautoritärer Tendenz war die sog. „Sponti-Bewegung“, die eindeutig systemfeindlich gegen die bestehende Ordnung auftrat. (van Hüllen, S. 78 ff.) Der „Kommunistische Bund“ erwies sich durch seine straffe Organisation und seine konspirative Arbeit den Konkurrenten überlegen. (van Hüllen, S. 118) Auf diese Weise konnten diese kommunistischen Gruppen die Politik der grünen Opposition bestimmen. Bereits um 1981 kam es zu Bündnisversuchen der DKP mit den Grünen auf der Basis des Antifaschismus. Allerdings gab es noch keine grüne Bundesorganisation. Die DKP erklärte die grüne Bewegung zum „unverzichtbaren Bestandteil ihrer antimonopolistischen Bündnispolitik“. Auch wenn Teile der grünen Bewegung dem Werben nicht entsprachen, war das Bemühen der DKP nicht erfolglos. Im Jahre 1988 erklärte der damalige grüne Vorstandssprecher Christian Schmidt, Hauptaufgabe der Grünen sei die Bekämpfung des Antikommunismus (van Hüllen, S. 468, 471).

Der kritische Leser wird mit Recht fragen, welchen Sinn und Zweck die Erwähnung dieser doch längst überwundenen Umtriebe im Hinblick auf das heutige rot-rot-grüne Bündnis hat. Aber Vorsicht! Der linksextreme Fundiflügel der damaligen Zeit scheint bei den heutigen Grünen überwunden zu sein. Linke, gar linksextreme Aktivisten wie Jürgen Trittin und Joschka Fischer wurden als Bundesminister in die politische Ordnung der Bundesrepublik integriert. Erwähnenswert ist auch, daß Otto Schily im Kabinett von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) Innenminister war. Begonnen hatte er seine parteipolitische Betätigung als Mitglied einer Vorläuferorganisation der späteren Grünen, der „Alternativen Liste“. Später wechselte er zur SPD. Dies mag als Beispiel für die ideologische Nähe dieser Parteien gelten. Die bestehende politische Ordnung der Bundesrepublik („das System“) hat, wie diese Beispiele zeigen, eine starke Integrationskraft. Aber die Ideen bleiben untergründig lebendig. Sie warten auf das Ende der für ihre Entfaltung ungünstigen Trockenperiode. Ein erneutes Modernwerden ist denkbar, möglich, wenngleich über die Wahrscheinlichkeit z.Z. nichts gesagt werden kann. Aber allein die Möglichkeit, an die zu erinnern ist, sollte Wachsamkeit hervorrufen.

Die SPD als Hauptfaktor der rot-rot-grünen Bündnispolitik

Die SPD sollte über den Verdacht erhaben sein, eine Gefahr für freiheitliche Selbstbestimmung darzustellen. Oder eine solche Gefährdung fahrlässig herbeizuführen. Dennoch kann ein Blick auf die Parteigeschichte aufschlußreich sein, um gegenwärtiges Handeln zu erklären.

Der 2017 als neuer Parteivorsitzender und Kanzlerkandidat präsentierte bisherige Europapolitiker Martin Schulz hat 2014, als er für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten kandidierte (vergeblich. Jean Claude Juncker wurde es), ein Programm entwickelt, in dem er das Ideal einer freiheitlichen Gesellschaft darstellt. Die technische Revolution der Digitalisierung bedrohe die Freiheit des zum Wirtschaftsobjekt degradierten Bürgers. Schulz meint, eine neue soziale

Bewegung werde gebraucht, die den Mut aufbringt, die negativen Auswirkungen der Digitalisierung zu zügeln, so, wie die Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts die Folgen der damaligen industriellen Revolution sozialpolitisch gemildert habe. Er fordert deswegen eine neue soziale Bewegung, die den Mut aufbringt, das Notwendige zu tun. Diese Bewegung müsse ein liberales, demokratisches und soziales Staatsverständnis haben. Sie muß die Privatheit als ein unveräußerliches Grundrecht erklären. Sie soll von der Abhängigkeit digitaler Großmächte befreien, gleich, ob es sich um Staaten oder internationale Konzerne handelt. Es gehe um die Verteidigung unserer Grundwerte im 21. Jahrhundert, die eine Verdinglichung des Menschen nicht zulasse. (FAZ 6.2.2014).

Frage: Ist es glaubwürdig, daß der damalige EU-Politiker Martin Schulz, der heute führend in der SPD tätig ist, diese Forderungen gemeinsam mit den Grünen und vor allem der Linkspartei durchsetzen kann? Dieser Artikel in der FAZ macht doch eigentlich einen konstruktiv konservativen Eindruck, was dem Autor auch in der folgenden Leserdebatte der Zeitung bestätigt wurde. Mit der Linkspartei hat es bisher geringe Übereinstimmungen gegeben, bezeichnenderweise ging es dabei nicht um ideologische Unterschiede, sondern um außenpolitische wie NATO-Auflösung und Abschaffung von Armeen. Wichtiger waren vergangenheitspolitische Probleme. Hier ging es um die Anerkennung der DDR als Unrechtsstaat. Eine solche Erklärung hat die Linkspartei als Voraussetzung einer Kooperation vor der Koalition in Thüringen zähneknirschend akzeptiert, um Bodo Ramelow als ersten Ministerpräsidenten in einem Bundesland durchzusetzen, mit der SPD als Juniorpartner.

Es dürfte sich mehr um ein Lippenbekenntnis handeln. Die SPD kann sich moralisch brüsten, die Linkspartei zu diesem Bekenntnis gezwungen zu haben. Die aber denkt nicht daran, diese Erklärung personalpolitisch oder öffentlichkeitswirksam umzusetzen. Eben: Ein Lippenbekenntnis nützt beiden Seiten.

An dieser Stelle ist angebracht darauf hinzuweisen, daß die SPD sich nicht erst seit kurzem zum Bündnis mit der Linkspartei, bzw.

ihren Vorläufern entschieden hat. Eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten hat es bereits seit 1945 als Reaktion auf die Verfolgung aller Linken durch die NS-Herrschaft gegeben. Die Behauptung, der Zusammenschluß von KPD und SPD zur „Sozialistischen Einheitspartei“ (SED) in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone sei eine „Zwangsvereinigung“ gewesen, ist eine typische geschichtsklitternde Halbwahrheit. Zwar hat es nach dem Zusammenschluß erheblichen terroristischen Druck von Seiten der sowjetischen Besatzungsmacht und ihrer KPD-Satelliten gegeben. Aber die Initiative ging von der SPD aus. Bereits am 13. April 1945, als das NS-Konzentrationslager Buchenwald von Truppen der Anti-Hitler-Koalition erobert wurde, verkündeten ehemalige Häftlinge das „Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald“ (Buchenwald-Manifest). Hier wurde die „sozialistische Einheit“ noch vor der Gründung neuer Parteien gefordert, also genau das, was im April 1946 durch die angebliche „Zwangsvereinigung“ erreicht wurde. Dieses Manifest wurde hauptsächlich von einem sozialdemokratischen Ex-Häftling, Hermann Brill, verfaßt. Ausdrücklich forderte er die „Einheit der sozialistischen Bewegungen“. Bezeichnend ist das Schicksal des Sozialdemokraten Brill, der mit seinen kommunistischen Bündnispartnern schlechte Erfahrungen machte. Er wurde vom April bis zum Juli 1945 Ministerpräsident von Thüringen, dann mußte er wegen politischer Presionen in die amerikanische Besatzungszone fliehen, wo er es zum Staatssekretär und später zum Bundestagsabgeordneten brachte (1949). Es stimmt also: Zwar gab es Zwang bei der und vor allem nach der Vereinigung der beiden Parteien. Es stimmt aber auch, daß die Initiative mit Antifa-Begründung von Sozialdemokraten ausging. Die Geschichtsklitterung, es habe grundsätzlich nur Zwang gegeben, kam als Reaktion auf den sich verschärfenden Ost-West-Konflikt auf. Antikommunismus überlagerte zeitweilig den Antifaschismus. Diese Klärung ist nötig, um deutlich zu machen, daß die Bündnispolitik Rot-Rot-Grün einen historischen Vorläufer hat.^{VII}

Kann man also von Rot-Rot-Grün sagen: Hier wächst zusammen, was zusammengehört?

Folgerungen. Rot-Rot-Grüne Meinungsherrschaft

Erinnern wir noch einmal an die Meinung gutgläubiger naiver Zeitgenossen: Rot-Rot-Grün ist doch gar nicht gefährlich. Die Linke wird nur begrenzten Einfluß haben ... Richtig! Aber wir leben in Zeiten des Wandels. Es ist eine Epoche der Inkubation: Neues entsteht, dessen Konturen noch undeutlich sind. Klar ist: bisher geltende Strukturen, Werte, Konventionen erodieren, verfallen, verlieren ihre Überzeugungs- und Bindekraft. Es wird schleichend ein Wandel zum Neo-Ideologismus vorbereitet. Dem dient auch die SPD. Den meisten der einfachen biederen Mitglieder ist das nicht klar. Der ungarische Kommunist Rákosi hat diese Methode „Salami-Taktik“ genannt. Man gewöhnt sich an Veränderungen, wenn diese scheinbar schrittweise und nicht auf einmal eingeführt werden. Wenn die totalitäre Herrschaft schließlich etabliert ist, gibt es keine Möglichkeit des Widerstandes mehr. Ein Oppositionsversuch endet dann im Gulag oder gleich tödlich.

Also Fazit: Paßt bloß auf! Eine Entwicklung ist denkbar, möglich, wahrscheinlich, sicher. Sicher ist sie nicht, aber gerade deshalb Mißtrauen statt Vertrauen, Kontrolle der Macht, aber nicht zu spät.

Stellen wir jetzt die Frage, was wir von einer rot-rot-grünen Regierung zu erwarten hätten. Wohlgedenkt: Prognosen haben in den Sozialwissenschaften oft daneben gelegen. Deshalb ist Zurückhaltung angebracht. Eine Entwicklung ist denkbar – möglich – wahrscheinlich – sicher. Denkbar und möglich ist Vieles, wahrscheinlich schon erheblich weniger, und sicher ist für den Zukunftspropheten kaum etwas. Man denke an jüngste Ereignisse wie die Wiederbelebung des Jahrhunderte stagnierenden Islam oder den unerwarteten Zusammenbruch des Ostblocks und die damit zusammenhängende Einigung des neuen Deutschland. Nichts davon wurde von der Politik und den Sozialwissenschaften vorausgesehen. Ihre Prognosen lauteten ganz anders. Also: Was hier als „denkbar“ und als „Möglichkeit“ vorgestellt wird, kann eventuell eintreten. Es gibt Anhaltspunkte. Damit aber denkbare und mögliche Fehlentwicklungen nicht eintreten, sollten Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Darüber Klarheit zu schaffen, soll auch hier versucht werden.

Manchmal wird gesagt, die Linkspartei sei nicht mehr Wahrerin der SED-Tradition, sie habe sich gewandelt und sei ohnehin die Partei derjenigen, die bereits vor 1990 in der erstarrten SED als Gorbatschow-Anhänger eine oppositionelle Position vertreten hätten. Jetzt gehe von ihr nicht mehr die Gefahr der Intoleranz, des ideologischen Gesinnungsterrors aus. Denn sie habe ja in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Thüringen mitregiert, ohne DDR-Zuchthäuser (Bautzen) oder den Gulag (Buchenswald) wieder einzurichten. Aber das waren Bundesländer, in denen die Linkspartei zur Zurückhaltung gezwungen war. Auf Bundesebene könnte sich das ändern. Wenn nun eingewendet wird, das sei doch eine typische verschwörungsphantastische Untergangsstimmung, dann ist zu erwidern: Es ist keine Renaissance einer SED-Herrschaft zu fürchten, aber in Teilbereichen – dem Steuerrecht, der antifaschistisch getarnten Einschränkung von Freiheitsrechten – könnte es Umbrüche geben. Diese Möglichkeit ist wichtig genug, um einmal aus den eigenen Aussagen zusammenzustellen, welche linken Einzelmaßnahmen Rot-Rot-Grün ergreifen könnte: Der ideologische Ausgang ist das Bemühen um einen Mentalitätswandel der Bevölkerung durch Bruch mit sog. „bürgerlichen Traditionen“. Die darauf zielende Propaganda bedient sich negativer, den status quo ablehnender Argumente. Durch die Fixierung von Feindbildern wird die eigene Identität und der Zusammenhalt des Bündnisses erstrebt. Es handelt sich um Anti-Faschismus, Anti-Rassismus, Anti-Imperialismus (gegen die USA), Anti-Sexismus, Anti-Militarismus. Gesellschaftliche, also nicht staatliche Antifa-Gruppen werden mehr als jetzt schon durch staatliche Finanzmittel unterstützt. Auch der „Kampf gegen Rechts“ wird verstärkt. Nicht nur gegen Organisationen, Presse und Einzelpersonen, sondern auch gegen das bisherige Geschichtsbild, das als „rechts“ gilt. Die Betonung des Nationalbewußtseins wird als antiquiert bekämpft. Gewalt gegen Sachen, aber auch gegen Menschen, und zwar psychisch und körperlich, auch durch die Ausweitung bereits praktizierter Berufsverbote, werden praktiziert, bzw. toleriert. Dies gilt als „moralisch“, da das „Böse“ attackiert wird. Oskar Lafontaine hat bereits 2007 in der FAZ vom 9.7.2007 „Freiheit durch Sozialismus“ gefordert. Darunter sind Steuererhöhungen (für die „Reichen“), und ein starker Staat zur

Zunahme der Bevormundung zu verstehen. Die Sprache wird zur Bewußtseinsbildung angepaßt. Bereits jetzt schon gibt es Ansätze, Wörter wie „Neger“, „Zigeuner“ als unkorrekt zu verdrängen. Der Plan ist, durch Sprache das Denken zu beherrschen, durch Denken aber das politische Verhalten zu bestimmen. In diesen Zusammenhang gehören auch die Umbenennungen von Straßen, Denkmälern und Universitäten, wie jüngst die Aberkennung des Namens „Ernst Moritz Arndt“ von der Universität Greifswald. Wer das Denken beherrscht und derartige Änderungen durchsetzen kann, übt Macht aus. Darum geht es.

Besondere Zukunftsbedeutung wird die Förderung ausländischer Zuwanderer haben, denen das Wahlrecht zugebilligt werden könnte, um der Linken durch zusätzliche Wähler bessere Herrschaftschancen zu verschaffen.

Bei allen diesen Möglichkeiten handelt es sich um Pläne, die allerdings schon jetzt an bestehende Regelungen anknüpfen können. Sie werden keineswegs nur von der Linkspartei, sondern auch von etablierten Parteien vertreten.

Es darf nicht das Argument verschwiegen werden, die SPD brauche wegen ihrer Schwäche die Linkspartei als Bündnispartner. Wenn sie, wie es unter dem neuen Vorsitzenden Martin Schulz scheint, durch Mitglieder- und erhofften Wählerzuwachs erstarkt, dann werde sie mit der Linkspartei verfahren wie seinerzeit Francois Mitterrand mit den französischen Kommunisten. Er beteiligte sie an der Regierung und erdrückte sie in der Umarmung. Die KPF hat diese Regierungsbeteiligung nicht überlebt. Ob dies der SPD mit der Linkspartei gelingt, muß offenbleiben, denn die politischen Umweltverhältnisse haben sich geändert.

Das Fazit: Die SPD vertraut bei der Bündnispolitik darauf, daß nicht die Extremisten der Grünen (aus der Gründungszeit) und der Linkspartei (als sie noch SED, SED/PDS, WASG hieß), das System ihren Vorstellungen anpassen werden, sondern daß sie sich dem System anpassen. Und in der Tat hat die bundesrepublikanische politische Ordnung eine erhebliche Integrationskraft. Jürgen Trittin und Josch-

ka Fischer sind signifikante Beispiele dafür, wie Vertreter extremistischer Positionen später als Bundesminister nichts tun, um die bestehende Verfassung zu revolutionieren.

Also: Keine übertriebenen Befürchtungen, aber mißtrauische Aufmerksamkeit.

Was können und sollten WIR tun? Das Lebensrecht des eigenen Volkes

Die großen ideologischen Bewegungen, die mit dem Anspruch säkularer Heilsbringer auftraten – der Kommunismus, der Faschismus, der Nationalsozialismus – haben das 20. Jahrhundert geprägt. Mit dem Ende des „Realsozialismus“ 1991 endete diese geistesgeschichtliche Epoche. Aber Restbestände bleiben. Die meisten Aktivisten des rot-rot-grünen Bündnisses haben geistige Verbindungen zu den Ideen der Vergangenheit. Sie kämpfen heute allerdings nicht mehr um die globale Durchsetzung ihrer ideologischen Wahrheit, um die Weltherrschaft, sondern ums Dabeisein in der neuen Ordnung. Als ideologischer Restbestand gilt diesem Bündnis der Antifaschismus. Dies ist das Bindemittel zum Zusammenhalt der verschiedenartigen Partner.

Aber daraus abzuleiten, die Linke und ihr Bündnis seien harmlos und ungefährlich, wäre oberflächlich. Gewiß, der Schlag von 1991 war geschichtsmächtig. Er prägte das Geschichtsbewußtsein. Bei vielen Zeitgenossen entstand die Meinung, der Sozialismus in allen seinen Erscheinungsformen sei tot. Sogar viele Linke hatten diesen Eindruck und versanken in Resignation. Sie stabilisierten sich dann auf niedrigerem Theorieniveau.

Das Jahr 2017 eröffnet neue Chancen, da mehrere Landtagswahlen und im September die Bundestagswahl stattfinden werden. Die rot-rot-grünen Absprachen erbringen zunehmend Wirkungen, wenn auch noch nicht durchgehend Erfolge. So hat die nordrhein-westfälische rot-grüne Landesregierung am 15. März 2017 versucht, auch den Auslän-

dern, die nicht aus EU-Ländern stammen, das Kommunalwahlrecht zu gewähren. Der Versuch scheiterte am Widerstand der CDU und FDP, ohne deren Zustimmung die notwendige verfassungsändernde Mehrheit nicht zustande kam. Der Verdacht lag nahe, daß sich Rot-Grün auf diese Weise zusätzliche Wähler verschaffen möchte, um die eigene Herrschaft zu stabilisieren. Offiziell wird das selbstverständlich bestritten. Der Plan für diese Wahlrechts-Ausweitung ist bereits von einer Kommission der Friedrich-Ebert-Stiftung unter Vorsitz von Aydan Oguz (SPD), Staatsministerin im Bundeskanzleramt, vorgelegt worden. Helmut Markwort kommentierte dies mit dem Hinweis, die SPD könne damit auf neue, paßlose Wählerschichten zielen. (Focus, 25.2.2017, S. 122)

Welche Bedeutung Rot-Rot-Grün für die SPD hat, berichtete kürzlich die „Welt am Sonntag“ (12.3.2017, S. 6): Das ehemalige PDS-Mitglied Angela Marquardt, 2003 aus dieser Partei ausgetreten, später zur SPD gewechselt, hat bereits im Jahre 2007 von linken SPD-Abgeordneten den Auftrag erhalten, mit einer „Denkfabrik“ ein rot-rot-grünes Netzwerk aufzubauen. Dort kamen bereits damals Vertreter der drei Parteien zusammen, um mögliche Kompromisse auszuloten und den Tag X vorzubereiten, an dem Deutschland reif sei für die erste rot-rot-grüne Bundesregierung.

Angesichts dieser offenkundigen gezielten Vorbereitungen einer linken, sogar linksextremen Herrschaft in Deutschland, sollte abwehrbereite Aufmerksamkeit angebracht sein.

Es kommt für die Gegner von Rot-Rot-Grün darauf an, eine politische Ordnung zu verteidigen, die Kritik an den in ihr bestehenden Verhältnissen akzeptiert. Das ist in vielen Fällen berechtigt. Aber die politische Macht sollte nicht von einer vormundschaftlichen linken Minderheit ausgeübt werden, die nationale Interessen und Traditionen leugnet. Das Lebensrecht des eigenen Volkes gilt es zu wahren. Ein Sprichwort sagt, das einzige, was man aus der Geschichte lerne sei, daß man nichts aus ihr lerne. Das aber sollten wir nach den geschichtlichen Erfahrungen mit linker Herrschaft wohlweislich vermeiden.

Der Autor

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter stammt aus Stralsund, wo er 1934 geboren wurde. Dort lebte er, bis die politischen Verhältnisse der DDR die Familie zur Flucht nach West-Berlin zwangen. Die negativen Erlebnisse unter der Herrschaft des „Real-Sozialismus“ haben ihn in allgemein menschlicher und politischer Hinsicht stark geprägt. Nach dem Abitur 1954 studierte er Geschichte und Soziologie an der Freien Universität Berlin. Im Jahre 1960 Promotion und 1971 Habilitation an der Universität Bonn, dort von 1972 bis 1996 Professor für Politische Wissenschaft.



Hauptarbeitsgebiete: Zeitgeschichte, Ideengeschichte, politischer Extremismus, insbesondere des linken Spektrums.

Zeitweilig Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung (1985-1989) und Gastreferent an der Schule des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Heimerzheim bei Bonn.

Hauptveröffentlichungen:

Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Bonn 1961, 2. Aufl. 1962

Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918-1933. Düsseldorf 1971

Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken. Frankfurt/Berlin 1993, 2. Aufl. 1994

Herausgeber:

Mit Stefan Winckler: Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr. Graz 2002

Mit Stefan Winckler: Der Verfassungsschutz. Auf der Suche nach dem verlorenen Feind. München 2000.

Mit Josef Schüßlburner: Was der Verfassungsschutz verschweigt. Bausteine für einen alternativen Verfassungsschutzbericht. Schnellroda 2007.

Insgesamt 472 Veröffentlichungen, darunter mehrere Artikel und Broschüren der DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.

Anmerkungen

- I Siehe hierzu: Hans-Helmuth Knütter: Erich Honecker „lebt“. Ein Gespenst geht um in Deutschland. Deutschland driftet nach links! Deutsche Konservative, Hamburg 2008, S. 11
- II Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 bis 1977, Köln 2001
- III Der folgende Abschnitt ist ein überarbeitetes Zitat aus der in Anm. 1 zitierten Broschüre, dort S. 36,39,41.
- IV Zu diesem Teil siehe Sebastian Prinz: Die programmatische Entwicklung der PDS. Wiesbaden 2010
- V Sebastian Prinz: Die Linkspartei und der Unrechtsstaat. In: Politische Studien, Nov./Dez. 2015, S. 45
- VI Rudolf van Hüllen: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen. Untersuchungen zur programmatischen und innerorganisatorischen Entwicklung einer deutschen „Bewegungspartei“. Bonn 1990, S. 70 f.
- VII Siehe: Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945. Herausg. von Peter Brandt und Herbert Ammon. Reinbek 1981, S. 58–63.



Diese Broschüre soll vor einer Gefahr warnen, die von einer rot-rot-grünen Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft ausgehen könnte. Welche Gefahr? Es geht um die Einschränkung von Freiheitsrechten, um Meinungslenkung, um sozialpolitische Umgestaltungen. Zu diesem Zweck hat sich die SPD der ehemaligen SED, der heutigen Partei „Die Linke“, angenähert. Nach ursprünglicher Ablehnung haben sich SPD und Grüne in der Minderheitsregierung von Sachsen-Anhalt bereits 1994 erstmals „tolerieren“ lassen, um sich dann ab 1998 in mehreren Landesregierungen mit der PDS ganz offiziell zu verbünden. Auf Bundesebene könnte dieses Bündnis eine „andere“, linksautoritäre Republik schaffen. Davor mit sachlichen Fakten zu warnen, ist wegen der mediengestützten Verharmlosung des Linksextremismus notwendig. Es sollte nicht zusammenwachsen, was hierzulande zusammenzuwachsen droht.

Prof. Dr. Hans-Helmuth Knütter